

PRESSEMITTEILUNG

Stralsund, 20.03.2023

Ernstgemeinte Diskriminierungsverbote brauchen keine Scheindebatten

FDP Stralsund äußert sich zum aktuellen Bürgerschaftsbeschluss

Mit Empörung reagiert der FDP-Kreisverband Stralsund auf die Vorwürfe der SPD- und Grünen-Bürgerschaftsfraktionen. Am 16. März stimmten die Abgeordneten der Freien Demokraten für die korrekte Anwendung der Rechtschreibung in der Stralsunder Stadtverwaltung.

"Wir setzen uns für eine bürgernahe Verwaltung ein. Und dazu gehört auch eine bürgernahe Sprache, die alle Menschen gleichermaßen miteinschließt. Die bunte Vielfalt der Bürgerinnen und Bürger soll und muss sich im gesellschaftlichen Leben abbilden. Dafür aber Sternchen, Unterstriche, Pausenzeichen, Doppelpunkte oder anderes zu verwenden, geht an den eigentlichen Problemen von diskriminierten Personen völlig vorbei."

Thoralf Pieper wirft seinen Kritikern eine Feigenblatt-Argumentation vor. "Keiner der besagten Politikerinnen und Politiker, die sich hier zu Wort gemeldet haben, hat mit betroffenen Personen, trans- oder intersexuellen Menschen gesprochen." Fest steht: Bislang gibt es keine Wortmeldungen zur gewünschten Ansprache von den betroffenen Personen selbst. Stattdessen übernimmt die Politik wie selbstverständlich die Deutungshoheit über die Köpfe der Menschen hinweg.

Wichtiger wäre es, sich den tatsächlichen Problemen zu stellen. "Es ist toll, einen Christopher-Street-Day in der Stadt zu veranstalten. Queeres Leben gehört ins Stadtbild und die Organisatoren haben unsere volle Unterstützung. Doch einmal im Jahr eine öffentliche Party zu feiern, bringt keine Verbesserungen." Der FDP-Kreisvorsitzende verweist in diesem Zusammenhang auf das immer noch fehlende Diskriminierungsverbot von sexueller Orientierung im Grundgesetz. Tatsächlich hat bislang keine Bundesregierung ein Verbot von Benachteiligung und Diskriminierung für Schwule und Lesben in der Verfassung verankert. Für die FDP Stralsund wichtiges politisches Anliegen. "Der Schutz vor Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung gehört in die Verfassung und nicht in eine Diskussion über Rechtschreibregeln."

FDP Kreisverband Stralsund